**Deutscher Bundestag**
**8. Wahlperiode**

**Drucksache 8/4354**

01. 07. 80

Sachgebiet 75

# Beschlußempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

**a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Dr. Narjes, Dr. Dollinger, Pfeifer, Lenzer, Dr. Probst, Benz, Breidbach, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Laufs, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen und der Fraktion der CDU/CSU**

**— Drucksache 8/1394 (neu) —**

**Energiepolitisches Programm**

**b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr.Narjes, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Lenzer, Dr. Waigel, Dr. Laufs, Gerstein, Kolb, Dr. Czaja, Dr. Probst, Engelsberger, Dr. Hubrig, Pfeffermann, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, von Hassel, Benz, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU**

**— Drucksache 8/2961 (neu) —**

**Sicherung der Energieversorgung und Zukunftsorientierung der deutschen Energiepolitik**

**c) zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Dollinger, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Dr. Narjes, Lenzer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Probst, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung**

**— Drucksache 8/3434 —**

### A. Problem

Das Energieprogramm der Bundesregierung ist nach Ansicht der Antragsteller von den Ereignissen überholt. Mit dem im Dezember 1977 eingebrachten Antrag zu a) legen sie demgemäß ein eigenes Energieprogramm vor, das die Bundesregierung berücksichtigen solle. Mit dem im Sommer 1979 einge-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51

brachten Antrag zu b) streben sie die Neufassung der deutschen Energiepolitik durch die Bundesregierung an. Der im November 1979 eingebrachte Entschließungsantrag zu c) soll helfen, die Einbeziehung der Kernenergie in die Sicherung der deutschen Energieversorgung voranzutreiben.

## B. Lösung

Ablehnung der Anträge

**Mehrheitsentscheidung im Ausschuß**

## C. Alternativen

Annahme der Anträge

## D. Kosten

entfallen

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag „Energiepolitisches Programm" — Drucksache 8/1394 (neu) —, den Antrag „Sicherung der Energieversorgung und Zukunftsorientierung der deutschen Energiepolitik" — Drucksache 8/2961 (neu) — sowie den Entschließungsantrag „Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung" — Drucksache 8/3434 — abzulehnen.

Bonn, den 19. Juni 1980

**Der Ausschuß für Wirtschaft**

| | |
|---|---|
| **Pieroth** | **Dr. Narjes** |
| Vorsitzender | Berichterstatter |

## Bericht des Abgeordneten Dr. Narjes

I.

Der Antrag in Drucksache 8/1394 (neu) ist am 20. Dezember 1977 beim Deutschen Bundestag eingebracht und von diesem in seiner 86. Sitzung am 20. April 1978 an den Ausschuß für Wirtschaft federführend sowie an den Ausschuß für Forschung und Technologie, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, den Innenausschuß und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden. Der Antrag in Drucksache 8/2961 (neu) ist am 12. Juni 1979 eingebracht und vom Deutschen Bundestag in seiner 167. Sitzung vom 4. Juli 1979 federführend ebenfalls an den Ausschuß für Wirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Forschung und Technologie, an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und an den Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen zur Mitberatung überwiesen worden. Der Entschließungsantrag in Drucksache 8/3434 ist am 27. November 1979 beim Deutschen Bundestag eingegangen und von diesem in seiner 188. Sitzung vom 28. November 1979 federführend an den Ausschuß für Wirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Forschung und Technologie, an den Innenausschuß und an den Haushaltsausschuß überwiesen worden.

Die Vorlage in Drucksache 8/1394 (neu) haben der Ausschuß für Forschung und Technologie am 7. Juni 1978, der Innenausschuß am 4. Oktober 1978 und der Haushaltsausschuß am 20. Juli 1978 jeweils zusammen mit der 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung (Drucksache 8/1357) beraten und als durch die genannte Regierungsvorlage in Drucksache 8/1357 für erledigt angesehen. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat am 7. Juni 1978 dahin Stellung genommen, mit der Verabschiedung des Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag am 12. Mai 1978 (Drucksachen 8/1764, 8/1782, 8/1798) seien die Forderungen des Energieprogramms in der Vorlage Drucksache 8/1394 (neu) erfüllt.

Dem Antrag in Drucksache 8/2961 (neu) hat der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen mit Stellungnahme vom 30. November 1979 aus verkehrspolitischer Sicht zugestimmt. Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat am 19. März 1980 folgende Stellungnahme beschlossen:

> Der Technologieausschuß hat mit Mehrheit beschlossen, dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.
>
> Anreize zum Ausbau der Kraftwärmekoppelung und der Fernwärmeversorgung sind von seiten des Bundes durch Gewährung von Investitionszulagen, Zuschüssen aus Investitionsprogrammen und dem Dritten Verstromungsgesetz sowie durch Zuschüsse oder Abschreibungsmöglichkeiten für den Anschluß an die Fernwärmeversorgung aus dem 4,35 Mrd.-Programm gegeben worden. Die Bundesregierung sollte jedoch ersucht werden,
>
> — Forschung und Entwicklung zur Nutzung der Fernwärme auf dem Gebiet der Wärmeerzeugung, der Wärmeverteilung und der Wärmeübergabe wie auch der Anwendeanlagen weiterhin zu fördern,
>
> — die Daten der Fernwärmestudie des Bundesministeriums für Forschung und Technologie fortzuschreiben,
>
> — zu prüfen, auf welche Bemessungsgrundlage eine Abwärmeabgabe zweckgebunden für den Ausbau der Fernwärmenetze erhoben werden kann.
>
> Die Nutzung der Umgebungswärme durch Wärmepumpen kombiniert mit Wärmespeichern sollte forciert und entsprechende Mittel im Rahmen der nichtnuklearen Energieforschung bereitgestellt werden. Das gleiche gilt für die Nutzung der Sonnenenergie.

Eine Stellungnahme des Raumordnungsausschusses hat nicht vorgelegen.

Zum Entschließungsantrag in Drucksache 8/3434 haben der Ausschuß für Forschung und Technologie mit Stellungnahme vom 19. März 1980 und der Innenausschuß mit Stellungnahme vom 12. Juni 1980 jeweils mit Mehrheit Ablehnung empfohlen. Die Stellungnahme des Haushaltsausschusses liegt noch nicht vor.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat alle drei Vorlagen zusammen in seiner 82. Sitzung vom 12. Juni 1980 abschließend beraten. Außerdem hat er den Antrag in Drucksache 8/1394 (neu) vorher in seiner 41. Sitzung am 18. Oktober und in seiner 46. Sitzung am 8. Dezember 1978 sowie in seiner 61. Sitzung am 13. Juni 1979 jeweils zusammen mit der 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung (Drucksache 8/1357) beraten.

II.

a) Mit dem Antrag in Drucksache 8/1394 (neu) stellt die Fraktion der CDU/CSU ihr energiepolitisches Programm vor. In den wesentlichen Aussagen deckt es sich mit dem Inhalt der etwa gleichzeitig beim Deutschen Bundestag eingegangenen 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung. Zu dieser 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung hat der Ausschuß für Wirtschaft am 8. Dezember 1978 eine Erste Beschlußempfehlung und einen

Ersten Bericht (Drucksache 8/2370) vorgelegt. Die Beschlußempfehlung hat der Deutsche Bundestag in seiner 125. Sitzung am 14. Dezember 1978 in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 225 Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen. Der Ausschuß für Wirtschaft beabsichtigte, zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Beschlußempfehlung und einen weiteren Bericht vorzulegen. Eine Abstimmung hierüber im Ausschuß für Wirtschaft führte in seiner 82. Sitzung am 12. Juni 1980 zu keinem Ergebnis (Stimmengleichheit).

b) Mit dem Antrag in Drucksache 8/2961 (neu) — Sicherung der Energieversorgung und Zukunftsorientierung der deutschen Energiepolitik — soll die Bundesregierung aufgefordert werden, angesichts der bestehenden Probleme unverzüglich ihre kurz-, mittel- und langfristigen Vorstellungen für eine ausreichende Energieversorgung darzulegen; außerdem soll sie eine Beurteilung über einen Hinweis des Bundeskanzlers auf mögliche kriegerische Verwicklungen in der Auseinandersetzung über die Ölversorgung abgeben.

Wichtigster Teil der Vorlage ist der Antrag, die Bundesregierung zur Darstellung einer „Neufassung der deutschen Energiepolitik" aufzufordern. Diese Neufassung soll unter Beachtung der Regeln marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik folgende Aspekte umfassen:

1. Zeithorizonte auf das Jahr 2000 und auf die darüber hinaus erkennbaren Entwicklungen.
2. Darstellung der Versorgungsrisiken bei allen Primärenergiearten.
3. Eine Ölpolitik, die den bisher vorgesehenen Anteil des Importöls deutlich mindert.
4. Vorkehrungen zur Sicherung gegen kurzfristige Versorgungsstörungen auf Grund politischer Risiken bei Rohöl, Gas, Kohle und Uran.
5. Vorstellungen, wie dem Einsparungspotential und ökologischen Erfordernissen Rechnung getragen und die Markteinführung neuer Technologien auf den Wärmemärkten und im Verkehrssektor gefördert werden kann.
6. Eine unzweideutige Aussage, ob die Bundesregierung eine realistische Alternative für Kernenergie sieht und anstrebt.
7. Vorkehrungen, die den die Sicherheit der Bevölkerung und die Umwelt berücksichtigenden Ausbau der Kernenergie bis 2000 sicherstellen und der Abkürzung der für die Einführung des Hochtemperatur-Reaktors vorgesehenen Fristen dienen.
8. Sicherung des Baus von Kohlekraftwerken sowie Anreize zur beschleunigten Entwicklung und großtechnischen Einführung von Kohleveredelungstechnologien, die einen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung spätestens ab 1990 gewährleisten.
9. Förder- und Liefermöglichkeiten des deutschen Steinkohlenbergbaus sowie Abschätzung des künftigen Importbedarfs an Steinkohle.
10. Notwendigkeit von Anreizen für die beschleunigte Einführung moderner, umweltfreundlicher Kohleverbrennungstechniken auf den Wärmemärkten.

Die Bundesregierung soll außerdem darstellen, welchen Beitrag sie zur Lösung der Energieprobleme der Länder der Dritten Welt mittel- und langfristig leisten will.

c) Mit dem Antrag in Drucksache 8/3434 — Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung — will die Fraktion der CDU/CSU zunächst auf die Bedrohung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland für die nächsten Jahrzehnte hinweisen. Sie strebt die Aufforderung des Deutschen Bundestags an die Bundesregierung an, Konzepte für die dringendsten Probleme in der Energieversorgung vorzulegen. Dieses soll für eine offensive Kohlepolitik unter Einbeziehung der Vergasungs- und Verflüssigungstechnik, für die Sicherung der Stromversorgung bei Beseitigung der Hindernisse für den Kohle- und Kernkraftwerksbau, für eine Energiesparpolitik, für die Wiederherstellung der Rechtsklarheit für Investitionen der Energiewirtschaft und für die Sicherung des Zugangs zu Energielagerstätten gelten.

Zur Kernenergie wird der Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28. September 1979 begrüßt, in dem die Antragsteller entscheidende Voraussetzungen für die Fortführung der Genehmigungsverfahren bei Kernkraftwerken und für die Erledigung der hierüber anhängigen Gerichtsverfahren sehen. Die Bundesregierung soll hierzu bis zum 1. März 1980 einen Bericht über den Stand der Erkundung des Salzstockes Gorleben und des Planfeststellungsverfahrens für das Endlager vorlegen. Außerdem soll die Bundesregierung über den Realisierungsstand bei den Zwischenlagern für bestrahlte Brennelemente sowie über den Stand der Untersuchungen zu Wiederaufarbeitungsanlagen und über die Durchführbarkeit der Wiederaufarbeitung in einer großtechnischen Anlage mit Entsorgungsfunktion berichten.

## III.

Zum energiepolitischen Programm der Fraktion der CDU/CSU in Drucksache 8/1394 (neu) weist die Mehrheit im Ausschuß für Wirtschaft darauf hin, es handele sich um ein Forderungs- und Argumentationspapier, das Ende 1977 seine Berechtigung gehabt habe. Es entspreche jedoch sehr weitgehend der Energiepolitik der Bundesregierung, die in der praktisch gleichzeitig vorgelegten 2. Fortschreibung des Energieprogramms zum Ausdruck komme. Demgemäß sei es zwischenzeitlich durch die 2. Fortschreibung des Energieprogramms überholt. Der vom Plenum angenommene 1. Bericht hierzu des Ausschusses für Wirtschaft vom 8. Dezem-

ber 1978 in Drucksache 8/2370 bezeichne das energiepolitische Programm der CDU/CSU demgemäß zwar als Alternative zur Fortschreibung, gleichzeitig werde in dem Bericht aber darauf hingewiesen, daß es dieser Fortschreibung weitgehend entspricht.

Die mit dem Antrag in Drucksache 8/2961 (neu) angestrebte Aufforderung des Bundestags an die Bundesregierung, bis zum 1. Oktober 1979 eine Neufassung der deutschen Energiepolitik vorzulegen, ist nach Auffassung der Mehrheit im Ausschuß für Wirtschaft durch die Regierungserklärung vom 4. Juli 1979 zur Energiepolitik und durch die sich hieran anschließende energiepolitische Debatte inhaltlich erledigt. Die Forderungen des Antrags beziehen sich nach Ansicht der Mehrheit überwiegend auf Bereiche, die bereits damals Gegenstand der Energiepolitik der Bundesregierung gewesen seien. Vor allem aber habe es deshalb keiner Neuformulierung der Energiepolitik bedurft, weil die 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung mittelfristig angelegt und deshalb durch die aktuellen Ereignisse nicht überholt sei.

Schließlich ist der Entschließungsantrag zum Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung in Drucksache 8/3434 nach Meinung der Mehrheit im Ausschuß für Wirtschaft durch die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Energieeinsparung und in der Kohlepolitik — Kohleveredlung, Kohleverstromung, Importkohle — überholt. Außerdem sieht die Mehrheit im Ausschuß in dem System des Internationalen Energie-Krisenmanagements in der Internationalen Energieagentur und in der Europäischen Gemeinschaft und im System der nationalen Krisenvorsorge einschließlich der nationalen Vorräte mit einer Reichweite von derzeit 133 Tagen eine angemessene Vorsorge für den Fall kurzfristiger Versorgungsstörungen. Die Mehrheit im Ausschuß weist auch darauf hin, die Energiepolitik der Bundesregierung ziele vor allem auf eine Senkung des Ölanteils am Primärenergieverbrauch von derzeit rund 50 % auf rund 40 % im Jahre 1990. Die im Entschließungsantrag in Drucksache 8/3434 vorgeschlagene Erklärung des Deutschen Bundestags zur Entsorgungsproblematik sei vor allem durch die Verabschiedung der Entsorgungsgrundsätze durch die Regierungschefs von Bund und Ländern am 29. Februar 1980 überholt.

## IV.

Die Minderheit im Ausschuß für Wirtschaft ist demgegenüber der Ansicht, die Energiepolitik der Bundesregierung zeige keine ausreichend klaren Konturen in den entscheidenden Fragen. Sie sieht insbesondere Widersprüchlichkeiten im Regierungslager hinsichtlich des Ausbaus der Kernenergie und ihres Beitrags zur Energieversorgung. Mit Bundesregierung und Koalition hält sie zwar andere Maßnahmen, wie zum Beispiel Forcierung der Energieeinsparung, für dringend erforderlich, jedoch nicht für ausreichend. Ohne Wiederaufnahme des zügigen Ausbaus von Kernkraftwerken und ohne baldige Lösung des Entsorgungsproblems sieht sie keine durchgreifende Erfolgschance für eine Politik „Weg vom Öl". Außerdem sieht sie die Gefahr, daß ohne alsbaldigen Ausbau der Kernenergieanlagen — im Hinblick auf die langen Anlaufzeiten — und ohne beschleunigte großtechnische Einführung der Veredelungstechnologien die Abhängigkeit beim Erdöl günstigstenfalls durch gefährliche andere Abhängigkeiten — insbesondere beim Erdgas, und hier gegenüber dem Ostblock — abgelöst werden würde.

Mit Nachdruck weist die Minderheit im Ausschuß für Wirtschaft insbesondere darauf hin, daß die von der Energiepolitik der Bundesregierung in Aussicht genommenen Zeithorizonte für die Umstrukturierung des Energieangebotes und der Energienachfrage sowie für die Energiesparmaßnahmen nicht dem Zeitdruck entsprechen, der der Bundesrepublik Deutschland durch die permanente prekäre Ölversorgung aus den politisch labilen Fördergebieten auferlegt sei.

## V.

Die Mehrheit im Ausschuß bleibt bei dem Standpunkt, mit den auf Diversifizierung abgestellten Maßnahmen der Bundesregierung werde die Energieversorgung wirksam sichergestellt.

Bonn, den 12. Juni 1980

**Dr. Narjes**

Berichterstatter